

20.05.2010

Hahn nutzt Vilbeler Erfahrungen



Jörg-Uwe Hahn

Mittelständler brauchen die passenden Arbeitnehmer. Die soll das Berufsförderungswerk Bad Vilbel liefern.

Bad Vilbel. Hessens Justizminister Jörg-Uwe Hahn (FDP) hat jetzt eine engere Zusammenarbeit mit dem Berufsförderungswerk (BFW) Frankfurt mit Sitz in Bad Vilbel vereinbart. Anlässlich seines Besuchs bei Geschäftsführer Hartmut Fuchs machte der aus Bad Vilbel stammende Politiker deutlich, dass es künftig beabsichtigt sei, das hier angesammelte Fachwissen zur Integration Behinderter in den

Arbeitsbereich noch intensiver zu nutzen.

In einem ersten Gespräch zwischen Hahn und dem neuen Geschäftsführer hob Fuchs die Neuausrichtung der Arbeit des BFW durch die veränderte Sozialgesetzgebung hervor. Eines der Beispiele sei die im vergangenen Jahr begonnene Einrichtung des Ausbildungshotels, das auch wegen des drastischen Rückgangs der Internatsschüler eingerichtet werden musste. «Nutzten zu Beginn der achtziger Jahre noch circa 700 bis 750 Teilnehmer das Internat, so ging die Zahl auf 300 bis 350 zurück. Dies ist ein Rückgang um mehr als 60 Prozent», sagte Fuchs.

Hahn versprach, in seinen Gesprächen mit kleinen und mittelständischen Unternehmen auf die besondere Qualität des BFW zu verweisen. «Unsere Kompetenz liegt darin, dass wir bei konkreten Anforderungsprofilen für einen oder mehrere neue Arbeitnehmer diese Persönlichkeit bei unseren Absolventen finden und ein passgenaues Angebot machen können», hob die für die Ausbildung zuständige stellvertretende Geschäftsführerin Maria Klink hervor. Hahn betonte, dass es für Mittelständler wichtig sei, Arbeitnehmer zu finden, die auf den jeweiligen Arbeitsplatz passen.

Fuchs und Hahn vereinbarten eine engere Zusammenarbeit auch mit den Justizvollzugsanstalten. Leider gäbe es immer wieder Entlassene, die keinen Arbeitsplatz finden würden, weil ihre «Vorgeschichte» für Arbeitgeber hinderlich sei. «Wenn wir diese Personen mit Hilfe des BFW weiterbilden können, haben diese auch die Möglichkeit, in den Arbeitsmarkt eingegliedert zu werden. Das ist vernünftige Resozialisierungsarbeit», so Hahn. Auch eine Zusammenarbeit mit dem Hochtaunuskreis im Prozess der «Modellregionen Integration» wurde vereinbart.

© 2010 Bad Vilbeler Neue Presse